Video-Podcast der Bundeskanzlerin #06/2013

16. Februar 2013

Am nächsten Donnerstag wird der Deutsche Bundestag über einen Gesetzentwurf beraten, den das Bundeskabinett bereits verabschiedet hat: das sogenannte Honoraranlagenberatungsgesetz. Was bedeutet das? Hier geht es darum, dass die Kunden in Zukunft mehr Transparenz haben, wenn es um den Verkauf von bestimmten Finanzmarktprodukten geht.

In Zukunft wird es den Beruf des Honoraranlagenberaters geben, der vom Kunden ein Honorar bekommt und dafür seine Beratungsleistung erbringt. Der Unterschied zu früher besteht darin, dass nicht mehr derjenige, der das Produkt verkauft, von der Provision lebt, die beim Verkauf des Produktes gezahlt wird. Dadurch wird die Linie von Finanzmarktprodukt und direkter Vermarktung durchbrochen und es entsteht die – von mir schon genannte – höhere Transparenz.

Das ist insgesamt unser Ziel, wenn wir aus den Fehlern und Versäumnissen der Finanzmarktkrise lernen wollen. Die Bundesregierung hat hier schon eine ganze Zahl von Gesetzen verabschiedet. So müssen in Zukunft Hedgefonds viel klarer zugelassen werden. Wir haben den Hochfrequenzhandel verboten. Und wir haben Leerverkäufe ebenfalls in Deutschland nicht mehr erlaubt.

Die Banken müssen in Zukunft größere Eigenkapitalanlagen machen – das Stichwort heißt hier „Basel III“ –, um gegen eventuelle Verluste besser gefeit zu sein und in Zukunft zu verhindern, dass der Steuerzahler für Verluste von Banken eintreten muss. Schließlich haben wir den Handel von außerbörslichen Derivaten neu geregelt. Hier müssen solche Derivate in Zukunft über eine Clearingstelle abgewickelt werden.

All diese Regelungen zeigen: Deutschland ist in vielen Fragen Vorreiter bei der Finanzmarktregulierung. Wir sind auch die ersten gewesen, die ein Restrukturierungsgesetz für Banken durchgesetzt haben und außerdem eine Bankenabgabe eingeführt haben. Viele dieser Regelungen werden jetzt auf europäischer Ebene ebenso fertiggestellt. Und natürlich ist es ganz besonders wichtig, dass nicht nur Europa handelt, sondern dass alle Teile der Welt in eine solche Finanzmarktregulierung einbezogen werden.

Deshalb werden wir uns auf dem anstehenden G20-Treffen der Finanzminister an diesem Wochenende – und ich dann im September – für härtere Finanzmarktregulierungen im globalen Maßstab einsetzen. Hier geht es vor allen Dingen in Zukunft um die Regulierung der Schattenbanken.

Außerdem ist es uns gelungen, nun endlich einen Vorschlag der Europäischen Kommission für die Erhebung einer Finanzmarkttransaktionssteuer zu haben und elf Länder dafür zu gewinnen, die diese Finanzmarkttransaktionssteuer in Europa auch umsetzen wollen.

Sicherlich ist dies nur ein Anfang, denn es wäre besser, alle würden mitmachen. Aber immerhin, im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit wird dies möglich sein. Und die Bundesregierung wird alles daran setzen, dass die Beratungen zur Einführung dieser Finanzmarkttransaktionssteuer zügig ablaufen. Denn wir wollen, dass diejenigen, die die

Krise verursacht haben, auch in Zukunft einen Beitrag dafür leisten, dass wir die Folgen daraus beheben können.